

DPG-Rundbrief – Oktober II 2020

Hohe Auszeichnung für das Ehepaar Judith und Dr. Reiner Bernstein

Botschafterin Dr. Daibes zur Ehrung an das Ehepaar Bernstein:



„Ihr seit Jahrzehnten anhaltender Einsatz geht weit über ein durchschnittliches gemeinnütziges Engagement hinaus. Sie haben Ihr ganzes Leben dem Frieden in Nahost, dem Dialog und der Aussöhnung zwischen Palästinensern und Israelis gewidmet. Ihre Unerschrockenheit, Ihr Mut und Durchhaltevermögen zeugen von großer Leidenschaft.

Ihnen ist es immer ein besonderes Anliegen gewesen, die Menschen in Deutschland für das Schicksal der Palästinenser zu sensibilisieren. Das spiegeln auch Ihre vielen Wortmeldungen, Berichte und initiierten Veranstaltungen im Münchner Raum wider. Dabei scheuen Sie keine gesellschaftspolitischen Kontroversen noch hielten unakzeptable Einschüchterungsversuche Sie davon ab, Ihr Engagement fortzusetzen. Dies findet nicht nur in Deutschland, auch in Palästina große Anerkennung.

Im Namen aller Palästinenser gratuliere ich Ihnen in tiefer Dankbarkeit. Mit Ihrem Wirken sind Sie beide ein herausragendes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement, dass Entscheidendes in Deutschland bewirkt hat. Sie sind mutige Kämpfer, starke Sympathieträger und wunderbare Vorbilder weit über dieses Land hinaus.“



Aufgrund der anhaltenden Bekämpfung des Corona-Virus wurde die Auszeichnung von Präsident Mahmoud Abbas dem Ehepaar Bernstein bereits übermittelt. Eine persönliche Ehrung in der Palästinensischen Mission soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Die DPG gratuliert dem aufrichtigen Ehepaar Bernstein und dankt für den unermüdlichen Einsatz für die legitimen, unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes.

„From the River to the Sea“ versus „From the Sea to the River“

Wie wir in dem Rundbrief Juli III 2020 berichtet haben, wurde die Fotoausstellung von Ursula Mindermann „Kunst an der Mauer“ im Cafe ´Immergrün in Jena mit dem Schriftzug „From the river to the sea – Palestine will be free“ auf einer Graffiti wegen Druck und Drohung abgehängt.

Die **Konrad Adenauer Stiftung** (KAS) hatte zu einer Veranstaltung am 27.10.2020 eingeladen, die nun die abgewandelte, aber durchaus faktisch stattfindende Expansionspolitik Israels „From the Sea to the River“ zum Inhalt und den Begriff „Palästina“ zur Disposition gestellt hatte.

Plötzlich wurde die Veranstaltung mit folgender Begründung der KAS abgesagt:

...„vielen Dank für Ihre Nachricht. Sie haben völlig recht, unsere Seminarankündigung und der Einladungstext waren missverständlich formuliert und haben für große

Irritationen gesorgt. Das bedauern wir ausdrücklich!

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet seit jeher im Sinne der Völkerverständigung an einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes und unterstützt nachdrücklich die Bemühungen um eine Zweistaatenlösung. Da daran aufgrund einzelner Formulierungen in der Veranstaltungsankündigung auf verschiedenen Seiten Zweifel entstanden sind, sagen wir unsere Veranstaltung am 27.10.2020 in Absprache mit der Europäischen Janusz Korczak Akademie e.V. ab und werden gemeinsam ein neues Seminarangebot auflegen.“

Selbsternannte Antisemitismusjäger werden immer dreister. Ein neuer exemplarischer Höhepunkt.

Ist man inzwischen den Verbotsreflex auf angekündigte israelkritische Veranstaltungen von nichtjüdischen und jüdischen deutschen Personen und Organisatoren gewohnt, so gibt es immer häufiger auch Angriffe von denselben inzwischen hinreichend bekannten Leuten und Netzwerken und Organisationen, die zur vermeintlich bedrohten Existenz Israels schon mal die ganz große Keule auch gegen jüdische Mitbürger rausholen. Wenn nun auch junge in Deutschland studierende jüdische Israelis es wagen, die israelische Besatzungspolitik zu kritisieren und die Geschichte der Entwicklung der Vertreibung aufzuarbeiten, um der offiziellen Lesart ein anderes faktenbasiertes Narrativ entgegen zu setzen, ist eine weitere Stufe der irrationalen vermeintlichen Antisemitismusverfolgung erreicht.

Jüngstes Beispiel ist die „Absetzung“ einer Veranstaltungsreihe junger jüdischer Israelis, die ein Projekt an der zur Kunsthochschule Weißensee in Berlin gehörenden Kunsthalle am Hamburger Platz (KHHP) realisieren wollten.

Das inzwischen von der offiziellen Website gelöschte Online-Programm „School for Unlearning Zionism“ enthielt Titel wie z.B. „Herausforderung Zionismus – Alternative Wege für Israel/ Palästina“ und Koloniales Wissensmanagement – Aneignung, Plünderung und Löschung von Archiven in Israel/ Palästina“, Mizrahi – Kampf als Teil der Entkolonialisierung“ und „Zionismus als Siedler-Kolonialismus“.

Sie hatten für die bereits von der Hochschule genehmigte Veranstaltungsreihe die Förderungszusage durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) erhalten.

Unabhängig von der Diskussion um die inhaltliche Thematik handelt es sich auch um einen schwerwiegenden Eingriff in die verfassungsmäßig geschützte Forschung und Lehre, wie es auch der Gastprofessor an der Hochschule Matthias Jud nach dem Entzug der Fördermittel auf Grund absurder Vorwürfe und Debatten formulierte. Nachdem zunächst eine der israelischen rechtskonservativen Regierung nahestehende Zeitung eine Kritik an der Veranstaltungsreihe publizierte, stieg erwartungsgemäß der oberste deutsche „Experte“ für Antisemitismusfragen, der abgehalfterte ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete V. Beck im üblichen Verbund mit der israelischen Botschaft und anderen mit Attacken gegen die Veranstaltungsreihe ein.

Zu dem inzwischen auch durch deutsche Verwaltungsgerichte zunehmend zurück gewiesenen Vorwurf, dass die einigen der jüdischen Studenten unterstellte Unterstützung der gewaltfreien BDS-Bewegung nahmen die Studenten irritiert und ungläubig Stellung. Die Behauptung, die sich auf einen juristisch sehr umstrittenen Beschluss der Mehrheit des Bundestages stützt, dass BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) eine Israel delegitimierende Bewegung sei, führte dazu, diese Veranstaltungsreihe als antisemitisch einzustufen. Die Studenten bekundeten ihre Sicht der Dinge in einer selten klaren von Fassungslosigkeit geprägten Stellungnahme. Eine Sprecherin, Meisterschülerin an der Hochschule, formulierte über die Tatsache hinaus,

dass sie sich missverstanden und bevormundet fühlen, die entscheidende Frage, wer eigentlich die Definitionsmacht über die jüdische Geschichte habe. "Irgendwann die deutschen Institutionen... ein absolutes Unding." Im Deutschlandfunk stellt sie fest: „ Es ist so absurd geworden, dass ich als jüdisch-israelische Frau mich erst einmal gegenüber einer deutschen Institution als Nicht-Antisemitin behaupten muss, wenn ich die israelische Politik hinterfrage... Wir wissen nur, was uns alles beigebracht wurde, unsere Geschichte, was einfach irgendwann nicht mehr nur alleine trägt."

Dieser Vorgang fügt sich ein in die geradezu inflationären, oft auch durch willfährige staatliche Institutionen gedeckten Versuche, Veranstaltungen mit Kritik an der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik durch Intervention von vermeintlichen „Israelfreunden“ zu verhindern, mindestens aber mit absurden Unterstellungen zu diffamieren. Dass damit die grundgesetzliche Meinungsfreiheit gleich mit unterminiert wird, stört diese Hass verbreitenden, Verständigung und Frieden verhindernden Hetzer kaum. Die Studenten hatten legitimer Weise vor, ähnlich wie die von offizieller israelischer Seite ebenfalls diffamierten neuen israelischen Historiker wie Moshe Zuckermann, Ilan Pape und jüngst Omri Boehm faktenorientiert mit verzerrenden und verschweigenden Narrativen der Entstehung und Entwicklung der israelischen Geschichte aufzuräumen. Ins Bild passt ja, dass das Wort „Nakba“ in Israel bis heute nicht geduldet wird und offizielle Regierungsseiten immer noch versuchen, historische Dokumente im Gegensatz zu internationalen wissenschaftlichen und politischen Gepflogenheiten unter Verschluss zu halten.

Dr. Detlef Griesche

Weitere folgenlose Alibi-Erklärung oder ernstzunehmende diplomatische Note?

Jüngst nahmen Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrein unter dem Beifall der Deutschen Regierung erstmals diplomatische Beziehungen auf und feierten dies als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten. Kaum ist der diplomatische Beifall verklungen, setzt Israel weitere Fakten auf dem Weg zur stillen Annexion des völkerrechtlich besetzten Westjordanlands. Plötzlich fürchten die wichtigsten großen europäischen Staaten einen Rückschlag für den Frieden in Nahost und protestieren einmal mehr vollmundig, aber letztlich ohne praktische Folgen. Am Donnerstag verkündete Israel den Bau von mehr als 3000 neuen Wohnungen im Westjordanland. Die Außenministerien Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens verurteilen die Siedlungspläne pflichtgemäß als "kontraproduktiv".

"Die Erweiterung der Siedlungen verstößt gegen das Völkerrecht und gefährdet die Realisierbarkeit einer Zweistaatenlösung zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israelis und Palästinensern", hieß es in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung der fünf Ministerien. "Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklungen durch die Normalisierungsvereinbarungen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain ist dies ein kontraproduktiver Schritt."

Als wäre dies eine neue Erkenntnis, sahen sie das israelische Vorgehen als Rückschritt für die Bemühungen um wechselseitiges Vertrauen. Es würde den Dialog behindern, hieß es, als gäbe es einen solchen zwischen Palästina und Israel. Dieser ist spätestens seit der einseitigen Verkündung des "Friedensplans" von Trump ohne Beteiligung der Palästinenser", und u.a. der Annexion der Golanhöhen und der Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem letztlich tot. Wie schon bei früher vergleichbaren Anlässen fordern sie vollmundig, aber letztlich ohne nachhaltige Wirkung "einen sofortigen Stopp des Siedlungsbaus sowie der Zwangsräumungen und des Abreißens palästinensischer Strukturen in Ostjerusalem und im Westjordanland". Ob dies Israel und die US-Administration diesmal beeindruckt wird?